

Laibacher Zeitung.

Nr. 34.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Austellung ins Haus ganzj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Donnerstag, 12. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1880.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J. dem k. k. Statthaltereirathe und Landes-Sanitätsreferenten Ferdinand Ritter von Scherer in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Klasse mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Denkschrift der deutschen Abgeordneten Böhmens.

Die Denkschrift, welche die deutschen Reichsraths- und Landtagsabgeordneten Böhmens als Erwiderung auf die tschechischen Memoranden Sr. Majestät überreichten, unterzieht die einzelnen Bestandtheile der tschechischen Petition einer selbständigen Kritik. Die Denkschrift wird von folgenden Zeilen eingeleitet: „In der zweiten Hälfte des Monats Dezember 1879 gelangte jenes „Memorandum“ zur Veröffentlichung, welches von dem Präsidium des „Clubs der böhmischen und mährischen Abgeordneten slavischer Nation“ im Namen dieses Clubs Sr. k. und k. Apostolischen Majestät sowie auch dem Herrn Ministerpräsidenten überreicht worden ist und jene nationalen Anliegen und Ansprüche zum Inhalte hat, welche auf Durchführung des Princips sprachlicher Gleichberechtigung gerichtet und lediglich durch Maßnahmen der Administration erfüllbar sein sollen. Als Abgeordnete des deutschen Volkes in Böhmen mußten wir es für unsere Pflicht erachten, über dieses veröffentlichte „Memorandum“ ernst und gewissenhaft zu Rathe zu gehen und das Ergebnis unserer gemeinsamen Erwägung in einer den einzelnen Abtheilungen folgenden Darstellung niederzulegen. Bei solcher Prüfung und Würdigung jenes „Memorandums“ waren und blieben wir der uns unseren Landesgenossen slavischer Zunge gegenüber obliegenden Verpflichtung gerechter und billiger Denkschrift und Handlungsweise voll und bewusst; wir konnten und durften hierbei aber auch jene vorwichtigen Rücksichten nicht vergessen, welche den nationalen Existenzbedingungen des deutsch-böhmischen Volkes und den unauflösbaren Interessen des österreichischen Staatsganzen nicht nur von uns selbst, sondern auch von unseren Landesgenossen des anderen Stammes gewidmet wer-

den müssen, wenn es ernst genommen und ernst gemeint wird mit dem friedlichen Zusammenwirken beider Stämme und einem wahrhaft machtvollen österreichischen Staatswesen. Von diesen grundsätzlichen, aller Voreingenommenheit baren Gedanken sind unsere in der nachstehenden Darlegung wiedergegebenen Erwägungen und Ausführungen geleitet.“

Bezüglich der Gleichberechtigung der böhmischen Sprache bei Behörden und Gerichten äußert sich die Denkschrift: „Fern ist es von uns, der praktischen Handhabung und thatsächlichen allgemeinen Durchführung des im Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 „über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ ausgesprochenen Grundsatzes der Gleichberechtigung aller Volksstämme des Staates und aller landesüblichen Sprachen im Umfange des letzteren irgendwie und insbesondere im amtlichen Verkehr entgegenzutreten und jenen Schutz und jene Förderung, welche wir selbst in dem angerufenen Artikel 19 für unser nationales Interesse finden, dem tschechischen Volksstamme vorenthalten oder schmälern zu wollen. Allein aufrichtig müssen wir bedauern, nicht in der Lage zu sein, die in diesem Abschnitte des „Memorandums“ formulierten Forderungen als aus richtiger und zulässiger Auslegung des Artikels 19 des Staatsgrundgesetzes fließende Folgerungen anzuerkennen und der Behauptung zuzustimmen, „dass dieselben sich ganz im Rahmen der bestehenden Gesetze bewegen, kein irgend begründetes Recht beeinträchtigen und keinerlei berechtigtes nationales Interesse verletzen“. Wir können uns vielmehr nach reiflicher Ueberlegung und wiederholter Prüfung von der Ueberzeugung nicht trennen, dass jene Folgerungen den wahren Sinn des Artikels 19 weit überschreiten, und vermögen die gehandhabte Auslegung desselben von dem Einwande nicht loszusprechen, dass dieselbe absolut einseitiger Richtung folgt und den untrennbaren organischen Zusammenhang von Institutionen zur Seite lässt, in welchen die Grundlagen staatlichen Lebens erblickt werden müssen.“

„Wenn das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 die „allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ normiert und der Artikel 19 dieses Gesetzes den Staat die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen im Amte anerkennen lässt, so ist nach der klaren Anlage dieses Staatsgrundgesetzes überhaupt und seines integrierenden Artikels 19 insbesondere damit einzig und allein für die Sprache des Verkehrs der Staatsbürger mit den Aemtern Fürsorge getroffen. Nur diese mit dem allgemeinen und wirklichen Bedürfnisse und Anliegen des Staatsbürgers zusammenfallende Sphäre des

amtlichen Verkehrs konnte der Artikel 19 bei der staatlichen Anerkennung der sprachlichen Gleichberechtigung im Auge haben, während es ganz außerhalb des klar umschriebenen Gebietes dieses Staatsgrundgesetzes liegt und daher übergreifen erscheinen muß, wenn das „Memorandum“ in den Artikel 19 den Sinn verlegt, als sei damit auch die Sprachenfrage für den inneren Verkehr gleichwie für die Qualifikation zum öffentlichen Dienste grundsätzlich geregelt. Unabweislich muß sich gegen diesen Vorgang das schwerwiegende Bedenken erheben, dass damit das Feld der berechtigten nationalen Interessen und Bedürfnisse verlassen und die nicht mehr als Zweck, sondern als Mittel behandelte Frage der sprachlichen Gleichberechtigung auf das Gebiet politischer Meinungen und Bestrebungen verlegt wird, deren Unterstützung und Förderung dem Artikel 19 nach seinem Ursprunge und Sinne wahrlich fern liegt. Die Behörden und Gerichte, um welche es sich im vorliegenden Falle handelt, sind Aemter und Organe des Staates, berufen zum Dienste jener Gewalt, in welchen seine staatsgrundgesetzliche Einheit und Gesamtheit zur sichtlichen Gestaltung und lebendigen Wirksamkeit gelangt. Innerhalb des Begriffes dieser staatlichen Einheit und Gesamtheit, innerhalb des damit unlösbar verbundenen öffentlichen, das Ganze umfassenden Charakters und Zweckes des Organismus der staatlichen Aemter ist es als eine nothwendige und natürliche Bedingung ihres Zusammenhaltes und Zusammenwirkens gelegen, dass der interne Verkehr derselben in einer und derselben Sprache sich vollziehe, wenn nicht die Einheitlichkeit der richterlichen und vollziehenden Gewalt und damit die Lebens- und Leistungsfähigkeit des staatlichen Organismus in unserem viel-sprachigen Oesterreich geradezu zur Unmöglichkeit werden soll.“

„Dass als solche gemeinsame Amtssprache und — sprechen wir es offen aus — als die unerlässliche Staatsprache jene berufen erscheint, welche von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des Staates gesprochen, geschrieben und verstanden wird, und dass diese die deutsche Sprache ist, darin liegt weder eine Ueberhebung der deutschen Nationalität, noch ein Bruch des Grundsatzes der Gleichberechtigung, sondern einzig und allein die Hinnahme eines nicht zu leugnenden und nicht zu ändernden factischen Verhältnisses, mit welchem sich abzufinden Folge und Bedingung des einheitlichen staatlichen Verbandes ist. In welcher Sprache die Aemter des Staates unter sich verkehren, ist keine Frage, welche in die Sphäre der „allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ fällt, sie ist eine hervor-

Feuilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“).

(Fortsetzung.)

Nach seiner Wiederankunft in London forschte Sir Arthur unermüdet weiter, begegnete aber nur selten dem alten Grafen. Dieser, der kein Mittel unversucht lassen wollte, hatte Clifford ins Vertrauen gezogen, weil er in ihm, welcher ihm seine Liebe zu Valerie gestanden hatte, einen bereitwilligen Helfer zu finden hoffte. Er ahnte nicht, mit welcher Bosheit Clifford seinen ehrwürdigen alten Freund immer wieder von neuem auf eine falsche Spur führte und täuschte.

Valerie gegenüber verbarg Clifford sorgfältig die Rolle, welche er vor dem Grafen beim Forschen nach ihrem augenblicklichen Aufenthalt spielte; er bestärkte sie im Gegentheil in dem Wahn, dass der Graf so wohl wie Sir Arthur Rushfield bereits den Gedanken, sie wieder zu finden, aufgegeben hätten.

Valerie beantwortete die Zeilen ihrer Mutter mit inwendiger Begeisterung und bat sie dringend, sich für einen Tag frei zu machen und sie zu besuchen. Sie erzählte ihr, dass sie schon sechs Schülerinnen habe und bald imstande sein werde, ihr mit Leichtigkeit ein behagliches Leben bieten zu können. Sodann übergab sie den versiegelten und an „Miss Dunley“ adressierten Brief bei seinem nächsten Besuche an Clifford, der ihn in sein Taschenbuch legte und ihn noch an demselben Abend abzusenden versprach.

„Es ist doch eigenthümlich, dass Sie die genaue Adresse wissen dürfen, deren Kenntnis man mir vor-enthält,“ bemerkte Valerie unzufrieden.

„Sie vergessen, dass man mir diese Adresse nicht gegeben hat, sondern, dass ich sie entdeckt habe,“ erwiderte Clifford leichtsin. „Doch bei der nächsten Begegnung mit Ihrer Mutter werden Sie jedenfalls volle Aufklärung erhalten. Für jetzt ist es in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse jedenfalls sicherer, wenn ich als Ihr und Ihrer Mutter Freund die Vermittlung übernehme. Auch bedenken Sie, dass Ihre Stellung gefährdet ist, wenn die Familie, in deren Haus sie lebt, von Ihrem Dasein erfährt.“

Eine tiefe Nothe überslutete Valerians Antlitz.

Als Clifford nach einem zweistündigen Aufenthalt bei Valerie nach seiner Wohnung zurückgekehrt war, legte er den von ihr erhaltenen Brief an ihre Mutter in ein zweites Couvert, verschah dasselbe mit der Adresse: An Lady Romondale, Schloss Romondale, Guildford, Sussex, und trug ihn dann selbst zur Post. Dieses Schreiben, welches am nächsten Morgen sein Ziel erreichte, wurde von Lord Romondale der Posttasche entnommen, und, trotzdem er die verstellte Schrift sogleich als diejenige Cliffords erkannte, ohne Bögen von ihm durch einen Diener seiner Gemahlin übersendet, die den Brief sogleich erbrach und las.

Lady Romondale hatte den Besuch ihres Gatten in ihrem Zimmer nicht mehr zur ungeliebten Zeit zu befürchten; er traf nur im geselligen Verkehr mit ihr zusammen, hielt sich aber sonst vollständig von ihr fern. Er kam ihr mit gleichmässiger Zuversicht entgegen; niemand konnte einen Unterschied in seinem Benehmen bemerken, und die Gäste, welche nach Schloss Romondale kamen, sprachen bewundernd

von der seltenen Harmonie, die zwischen den beiden Ehegatten herrsche. Keiner ahnte, dass sie nie mit einander sprachen, wenn sie allein waren, und dass ein trauriges Verhängnis diese beiden Herzen, die einander so treu liebten, sich gegenseitig entfremdet hatte.

Der Lord überwachte alles, was seine Gemahlin unternahm, mit unermüdlicher Aufmerksamkeit. Er begleitete sie auf Spazierwegen und Besuchen und schien das Muster eines aufmerksamen Ehemannes zu sein.

Es war in der dritten Woche nach jenem Austritt, der die Trennung der beiden Gatten hervorgerufen hatte, als der Lord durch wichtige Geschäfte für einen ganzen Tag vom Hause fortgerufen wurde. Er beabsichtigte, ein Stück Land zur Vergrößerung eines seiner Landgüter, das ungefähr zwanzig Meilen von Romondale entfernt war, anzukaufen, und machte seiner Gemahlin deshalb am Morgen die Mittheilung, dass er wohl kaum vor Abend nach dem Schlosse werde zurückkehren können.

Die Lady athmete erleichtert auf. Endlich bot sich ihr eine Gelegenheit, ihre Sehnsucht nach einem Wiedersehen mit Valerie erfüllt zu sehen. Sie befahl sogleich, nachdem ihr Gemahl abgereist war, dass der Wagen vorgefahren und sie nach Guildford zur Bahn bringen solle. Nachdem sie in London angekommen war, vergewisserte sie sich, dass ihr niemand gefolgt sei, und dann erst nahm sie einen Wagen und befahl dem Kutscher, sie nach Regent-Street zu fahren. Sie erledigte hier verschiedene Einkäufe und fuhr dann nach Rollingham-Road Nr. 9. Vor der Gartenthür verließ sie den Wagen, und erst nachdem derselbe fortgefahren war, klingelte sie. Das Hausmädchen öffnete, bejahte ihre Frage, ob Miss Bloom hier wohne, und geleitete sie nach Valerians Zimmer.

ragende politische und in ihren weiteren Konsequenzen eine vollwichtige finanzielle Frage, welche nicht vom Standpunkte sprachlicher Gleichberechtigung, nicht vom Standpunkte der einzelnen Länder und Volksstämme, sondern einzig und allein von dem des Gesamtstaates und der Staatsnothwendigkeit aus aufgefaßt und gelöst zu werden vermag und daher keine folgerichtige Behandlung in einem „Memorandum“ finden kann, welches seine Grenzen sich selbst in jenen Anliegen und Ansprüchen gesetzt hat, welche im Umfange der sprachlichen Gleichberechtigung liegen. Gleich den Gerichten und Behörden ist auch die Armee und ihre Verwaltung eine gesamtstaatliche Organisation und fordert gleich den ersteren nothwendig die Einheitlichkeit der Sprache; allein werden aus der dem „Memorandum“ geläufigen Auslegung des Artikels 19 alle Konsequenzen gezogen, so kann es nicht ausgeschlossen sein, früher oder später auch diese Sprache zum Gegenstande der Frage gemacht zu sehen.

Die Postulate 5 und 6 (Kenntnis des Czechischen als Voraussetzung für eine staatliche Anstellung in Böhmen) lassen sich nicht ausführen, ohne zunächst Bewerber deutscher Nationalität von den staatlichen Behörden selbst im rein deutschen Sprachgebiete und von den Oberbehörden des Landes, ohne daß hierfür eine praktische Nothwendigkeit vorliegt, auszuschließen, wenn sie die Kenntnis der czechischen Sprache — wir heben es hervor — „in Wort und Schrift“ nicht ausweisen können. Der deutsche Stamm müßte hierin eine Verletzung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung und einen gegen den Sinn des Artikels 19 streitenden Zwang zur Erlernung der anderen Sprache schmerzhaft empfinden, für welche Erlernung nicht die imperative Einflusnahme, sondern nur das praktische Bedürfnis der Beteiligten im natürlichen Wege fürzusorgen berufen ist. Dazu kommt, daß wir, belehrt durch jüngste öffentliche Enunciationen, welche deutschen Beamten die Kenntnis des anderen Idioms aller Notorietät zuwider rundweg absprachen, zu besorgen berechtigt sind, es könnte bei der eventuellen Abwägung der fraglichen Qualifikation unserer Stammesgenossen nur zu oft die erforderliche Unbefangenheit und das entsprechende Wohlwollen zu vermissen sein. Belangend die von dem „Memorandum“ versuchte Behauptung, daß diese Angelegenheit im administrativen Wege ihre Erledigung zu finden habe, so können wir uns auch einem solchen Vorgange nicht anschließen. Nicht um die Durchführung des Artikels 19, sondern um eine Frage der Organisation der staatlichen Gerichte und Behörden handelt es sich, und diese gehört unteugbar zum kompetenten Berufe der legislativen Gewalten. Ja, selbst wenn es sich in der That um den Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes handeln würde, ist die von dem „Memorandum“ beantragte Ausführung zu inhaltsvoll und zu umstritten, als daß die Legislatur darauf verzichten dürfte, dieselbe vor ihre Schranken zu fordern.

Mit Bezug auf die Prager Universität äußert sich die Denkschrift: „Wir vermögen die Ueberzeugung nicht zu unterdrücken, daß die gestellten Peita den Rahmen des Artikels 19 weit überschreiten, welcher, ausgehend vom Rechte der einzelnen Staatsbürger, beziehungsweise Volksstämme, nicht dahin sich ausdehnen läßt, daß er auch für die Organisation der Prüfungen maßgebend sei. Unseres Dafürhaltens kann diese Frage nicht vom Standpunkte des einzelnen Bürgers, beziehungsweise Volksstammes, sondern nur

vom Bedürfnisstandpunkte des Staates aus gelöst werden. Auf diesem Standpunkte stehend, können wir das Bedenken nicht unterdrücken, ob nicht durch die Möglichkeit gänzlich czechischer Prüfungen die unerlässliche Einheit und Präcision der Verwaltung gebrochen und dadurch eines der wichtigsten Bänder gelöst werden würde, welche die einzelnen Königreiche und Länder zu einem einheitlichen Staatskörper verbinden. Bedenklich genug, wenn es sich hierbei nur um Böhmen allein handeln würde, noch weit bedenklicher aber, wenn man erwägt, daß das, was heute der einen Nationalität gewährt wird, morgen jeder andern nicht versagt werden kann. Wir halten aber weiter auch dafür, daß, ganz abgesehen von unserer Auffassung des Artikels 19, der angestrebte Utraquismus an der Prager Universität nicht durchgeführt werden kann, ohne die Zwecke und Aufgaben derselben wesentlich zu gefährden. Schon jetzt ist unteugbar der nationale Gegensatz auch in die Lehrkörper der Universität eingebrungen und durch denselben die volle Entfaltung ihrer Kräfte mannigfach gehemmt, so daß schon der gegenwärtige Zustand mit Uebelständen verbunden ist. Im Falle der Durchführung des vollen Utraquismus würden diese voraussichtlich in einem solchen Maße gesteigert, daß dadurch die ganze wissenschaftliche Zukunft der Hochschule in Frage gestellt würde. Aus unbestritten vorhandenen, hier nicht weiter zu erörternden Gründen würde, wie dies die an dem früheren utraquistischen Polytechnicum gemachten Erfahrungen hinlänglich beweisen, jede Besetzung eines erledigten Lehrstuhles von jedem der beiden Bestandtheile der Lehrkörper dazu benützt werden, um über den andern womöglich das numerische Uebergewicht zu erlangen, so daß bei Besetzungsfragen schließlich mehr die Rationalität, als die wissenschaftliche Tüchtigkeit des zu Berufenden den Ausschlag geben würde.

Dem Streben des czechischen Volkes nach Gewährung der Mittel zur höchsten Ausbildung in seiner Sprache sollte nur in einer solchen Weise Rechnung getragen werden, welche zunächst auf diesem Gebiete nach menschlicher Voraussicht wirklichen Frieden in Aussicht stellt, wie dies durch Errichtung einer selbstständigen czechischen Universität geschehen könnte. Freilich müßten dann bezüglich des Prüfungswezens solche Vorfragen getroffen werden, welche den früher erwähnten Gefahren für die staatliche Administration zu begegnen geeignet sind. Dieser Gedanke wäre kein neuer; es ist derselbe Gedanke, dem unsere beiden technischen Hochschulen zu allseitiger Befriedigung ihre Selbstständigkeit verdanken. Was dort durchgeführt wurde, könnte auch hier wiederholt und dadurch die dauernde Möglichkeit friedlichen Wettstreites auf dem Gebiete der Wissenschaft genährt werden! Wir verhehlen uns nicht, daß die Kosten der Verwirklichung dieses Gedankens bedeutende sein werden; allein wir halten dafür, daß dieser Aufwand unvermeidlich wird, wenn man einmal auch für den höchsten Unterricht den Standpunkt des staatlichen Bedürfnisses verläßt und sich auf den Nationalitäten-Standpunkt stellt; denn dann dürften consequenterweise doch nur solche Einrichtungen getroffen werden, welche nicht bloß einseitig den Wünschen unserer czechischen Landsleute, sondern im vollen Umfange auch dem Bedürfnisse unserer deutschen Bevölkerung Rechnung tragen. In dem einen wie in dem anderen Falle sind bedeutende finanzielle Opfer unvermeidlich. Mögen sie jedenfalls nur in einer Weise gebracht werden, welche nicht den Keim

fortdauernder Zwietracht legt, sondern gedeihliche Entwicklung in Aussicht stellt.

Bezüglich der Durchführung der Gleichberechtigung in betreff der Mittelschulen gelangt dasselbe zu folgendem Resultate: „Wenn wir somit die Wichtigkeit des vom „Memorandum“ aufgestellten Princips, nach welchem der Staat bei Begründung von Mittelschulen und bei Bemessung der Zahl derselben für die eine oder andere Nation, sowie bei der Wahl ihres Standortes vorzugehen hat, anzuerkennen nicht in der Lage sind, wenn wir nach den von uns als maßgebend entwickelten Gesichtspunkten zu ganz anderen Schlüssen, namentlich bezüglich des Zweckes und der Unterrichtssprache von Staatsmittelschulen, gelangen als das „Memorandum“, wenn die Resultate unserer auf Grund der statistischen Daten gepflogenen Ueberprüfung der thatsächlich bestehenden Verhältnisse vollkommen darnach angethan sind, den erhobenen Vorwurf übermäßiger Begünstigung unsererseits abzuwehren und die im „Memorandum“ erhobenen Beschwerden auf das richtige Maß zurückzuführen: so liegt es uns fern, in Berücksichtigung des Theilzweckes der Mittelschulen, eine höhere allgemeine Bildung zu vermitteln und angesichts des hiedurch herbeigeführten status quo der durch das nachzuweisende Bedürfnis gerechtfertigten Creierung von neuen czechischen Staatsmittelschulen, beziehungsweise der Uebernahme von czechischen Communal-Mittelschulen in die Staatsverwaltung entgegenzutreten zu wollen, woran wir die nur gerechte Forderung knüpfen, daß auch das nachzuweisende Bedürfnis der Vermehrung deutscher Staatsmittelschulen und die wiederholt schon angesuchte Verstaatlichung einiger deutschen Communal-Mittelschulen unangefochtene Berücksichtigung finde.“

Die Denkschrift faßt die Haltung der Deutschen in Böhmen in folgenden Worten zusammen: „Wir schließen unsere Ausführungen in dem zuversichtlichen Vertrauen, daß ein gerechtes Urtheil uns freisprechen werde von nationaler Ueberhebung und der sprachlichen Gleichberechtigung feindlichen Gesinnungen. Vorbehaltlos stimmen wir zu, wo es in Wahrheit sich um diese Gleichberechtigung handelt, und unterordnen selbst begründete Bedenken gern der Achtung vor dem Bildungsinteresse und Bildungstreben unserer Landesgenossen. Niemals aber vermöchten wir uns dem Standpunkte anzuschließen, daß das nationale Interesse dem staatlichen Gedanken und Bedürfnisse überordnet werde und unter dem Titel der Gleichberechtigung politische Zielpunkte angestrebt würden, welche mit ihr nichts gemein haben. Wo wir von dem „Memorandum“ geschieden sind — und es ist es namentlich jenem Theile gegenüber der Fall, welcher von der sprachlichen Gleichberechtigung bei Behörden und Gerichten handelt, — ist es nicht ein Widerspruch gegen die Gleichberechtigung, sondern der politische Gegensatz, welcher diese Scheidung vollzieht. Dieses „Memorandum“ weist die Wege zu einer föderalistischen Gestaltung des Reiches, welchen wir kraft unserer innersten politischen Ueberzeugung und in vollster Uebereinstimmung mit den Gesinnungen und Bestrebungen des deutschen Volkes in Böhmen um so weniger zu folgen vermögen, als wir hierin nach allen zutage tretenden Erscheinungen eine unteugbare Gefahr nicht bloß für unsere eigenen nationalen Interessen und die Bewahrung und Fortbildung der freiheitlichen Institutionen, sondern auch für die kraftvolle Entwicklung des Staates erblicken. Nach wie vor treten wir ein für den durch die Geschichte herausgebildeten, durch die Verfassung sanctionierten gesamtstaatlichen Organismus des österreichischen Staatswesens und finden in dem zielbewußten Schutze dieser geschichtlichen und grundgesetzlichen Gestaltung unseres Vaterlandes Oesterreich den patriotischen Beruf zur Abwehr aller Bestrebungen, nationale Anliegen auf Gefahr und Kosten der staatlichen Einheit zu verwirklichen.“

Oesterreichischer Reichsrath.

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 10. Februar.

Präsident Graf Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Forst, Falkenhayn, Biemialkowski.

Das Gesetz, betreffend das Wappen auf den Banknoten, wird in erster Lesung dem Budgetausschusse zugewiesen.

Auf eine Interpellation des Abg. Promber erwidert der Obmann des Eisenbahnausschusses, Baron Gödel, er erwarte, daß der Bericht des Referenten Rieger über das Secundärbahngesetz demnächst im Ausschusse zur Verhandlung gelangen werde.

Hierauf wird die Verhandlung über die Grundsteuernovelle fortgesetzt. Ueber Antrag des Abg. Baron WALTERSKIRCHEN wird ein neuer Artikel 2 in das Gesetz aufgenommen, welcher normiert, daß der nach Abschluß des Reclamationsverfahrens auf die einzelnen Grundparzellen entfallende Steuerbetrag innerhalb 15 Jahren nicht erhöht werden darf.

Der nunmehrige Artikel 3 wird vom Abg. Schupp in der Weise amendiert, daß die Steuerausgleichung nach den Ergebnissen des Reclamationsverfahrens längstens bis Ende Juni 1883 stattzufinden habe, ferner, daß die erhöhte Grundsteuer vom 3. Quartal

Lady Romondale pochte mit zitternder Hand an die Thür, welche von Valerie selbst geöffnet ward, da Gertrude in der Küche mit der Zubereitung des zweiten Frühstücks beschäftigt war.

Die Lady schlug ihren Schleier zurück, eilte mit einem freudigen Ausruf auf das Mädchen zu, zog sie stürmisch an ihre Brust und küßte sie mit Innigkeit. Valerie erwiderte mit Herzlichkeit ihre Liebesungen; dann jedoch legte die Lady Hut und Mantel ab und theilte das einfache Mahl Valeriens mit solcher Freude, als wäre sie wirklich eine arme Erzieherin gewesen, der nach langer Zeit endlich wieder einmal ein Festtag zutheil wurde.

Mit hellstrahlendem Lächeln bediente die alte Gertrude die beiden Frauen; sah sie doch, wie glücklich Valerie die Gegenwart der schönen fremden Dame machte.

Man hatte ihr gesagt, daß Miss Dulton eine Verwandte ihrer Gebieterin sei, und das junge Mädchen vermied in ihrer Gegenwart sorgfältig jede directe Anrede an ihre Mutter.

Nach eingenommenem Mahle schrieb Valerie hastig einige kurze Briefe und übergab sie der alten Dienerin, indem sie sagte:

„Gertrude, du wirst diese Visette, in denen ich für heute die Stunden abgabe, meinen Schülerinnen überbringen.“

Gertrude entfernte sich, um den Auftrag ihrer jungen Herrin auszuführen, und Valerie rief freudig erregt, als sie allein waren:

„Und nun, meine theure Mutter, will ich jede Minute bis zu deinem Fortgehen bei dir verbringen. Aber könntest du nicht die Nacht über hier bleiben?“

„Es ist mir nicht möglich,“ erwiderte die Lady. „Wenn ich es thäte, würde ich meiner Stellung verlustig werden.“

„O, Mutter, gib sie auf und komme zu mir,“ rief Valerie flehend. „Ich kenne noch immer deine Adresse nicht. Gib sie mir doch! Ich möchte dich so gern mit meinem Besuch überraschen!“

„Das wäre unvorsichtig, mein Kind,“ erwiderte die Lady erbleichend. „Ich kann keine Besuche empfangen. Du mußt schon darein willigen, daß Mr. Clifford noch für eine Weile deine Briefe an mich besorgt. Die meinigen erhältst du auch ferner direct zugesandt. Begnüge dich für's erste damit, mein Kind, bis wir es ändern können. Der Himmel weiß, wie gern ich dich ganz zu mir nehmen möchte. Ach, Valerie, es ist ein trauriges Geschick, welches uns diese Trennung auferlegt, aber das beanspruche ich als mein Recht, für dich sorgen zu dürfen.“

„Doch ich kann mir ja ebenso gut, was ich zum Lebensunterhalt gebrauche, verdienen, wie du, Mutter, und darf daher nicht zugeben, daß du dich länger in einer Stellung abmüßt, die deiner unwürdig ist, nur um mir ein sorgenfreies Leben zu bieten. Nebenbei mußt du auch bedenken, daß für mich Arbeit die einzige Zerstreuung ist! Wenn wir nur unser Schicksal vereint tragen könnten, würde es weniger schwer auf uns lasten! Ich würde dich trösten, meine liebe Mutter, und nie mehr traurig sein!“

Lady Romondale küßte die reine Stirn des jungen Mädchens, welches ihre Mutter leidenschaftlich umarmte und ihr Haupt mit kindlicher Liebe an der Brust der Lady barg.

(Fortsetzung folgt.)

1883 ab zu entrichten ist. In dieser Fassung wird der Artikel angenommen.

Der nunmehrige Artikel 4, § 8, normiert die Zusammensetzung der Reclamationscommissionen, und zwar in der Weise, daß der Finanzminister die eine Hälfte, und zwar mindestens zur Hälfte aus den Grundsteuer-Trägern des Landes, beruft, die andere Hälfte die betreffende Landesvertretung wählt. Die Commissionen haben aus 6 bis 12 Mitgliedern zu bestehen.

Abg. Adamek beantragt statt dessen 8 bis 20 Mitglieder, Abg. Schaup die Weglassung der Bestimmung, wonach der Finanzminister die Hälfte der von ihm zu ernennenden Mitglieder aus den Grundsteuer-Trägern des Landes berufen muß. Nach eingehender Debatte, an welcher sich nebst den Antragstellern und dem Referenten die Abg. Beer, Neuwirth, Pokulnar, der Regierungsvertreter Sectionsrath Mayer, die Abg. Dipauli und Schaup theilnehmen, wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Schaup wird bei namentlicher Abstimmung mit 136 gegen 130 Stimmen angenommen und § 8 sonst in der Fassung des Ausschusses genehmigt. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Tagesneuigkeiten.

(Das steiermärkische Landes-Beughaus.) Der steiermärkische Landesausschuß beabsichtigt, vom nächsten Landtage einen Credit von 6000 fl. zu verlangen, um das Landes-Beughaus mit historischer Treue in jenen Zustand wieder zu versetzen, in welchem es sich als Waffenmagazin für 30,000 Streiter vor zwei Jahrhunderten befand. Der Gedanke, daßelbe durch Ausmusterung der zu Tausenden vorhandenen Piken, Lunten und Radschloßmusketen u. s. w. in ein Waffenmuseum umzuwandeln, wurde aufgegeben, sondern es sollen die Waffen genau so aufgestellt und geordnet bleiben, wie sie vor 200 Jahren zum Kriegsgebrauch bereit standen. Wenn die Ordnung und Reinigung des jetzt ziemlich verwahrlosten Waffenhauses durchgeführt und daselbe den Fremden entsprechend zugänglich gemacht sein wird, dann wird es niemand, der Grog berührt, versäumen, das Unicum eines complete historischen Beughauses sich anzusehen. Der Landesausschuß beabsichtigt auch, zur Verwaltung und Bewachung des Beughauses einen eigenen Beughauswart anzustellen.

(Das Eisfest auf dem Traunsee.) Man schreibt der „N. fr. Pr.“ aus Gmunden vom 9. Februar: Das 50jährige Jubiläum gestaltete sich zu einem Volksfeste im wahren Sinne des Wortes. Tausende von Menschen tummelten sich bereits um die Mittagsstunde auf der ungeheuren Eissfläche vor der Stadt, welche im Bahnschnee prangte. Punkt 2 Uhr erschien der Bezirkshauptmann mit dem Bürgermeister und dem Jubilar Holz; dieser, seines Reichthums Schlossermeister, war nämlich vor 50 Jahren der Erste, welcher mit Schlittschuhen auf dem damals gefrorenen See gefahren. Sie wurden unter klingendem Spiel und von einer großen Menschenmenge empfangen und zum Festplatze geleitet, wo nun die Festlichkeiten ihren Anfang nahmen. Gäste waren nicht nur aus der ganzen Umgebung, sondern auch von Wien, Linz, Salzburg u. s. w. erschienen. Die Gmunder Chronik über das Zufrieren des Sees führt die Jahre 900, 1247, 1474, 1624, 1683, 1740, 1830 an, denen sich noch das Jahr 1880 anreicht. Am 9. Februar machten viele Gmunder Bürger zu Fuß einen Ausflug über den See bis Ebensee, welcher Weg in nicht ganz drei Stunden zurückgelegt wurde. Zwei verschiedene Gesellschaften hatten auch eine Regattakugel vor sich hingeshoben; die eine brachte dieselbe mit 80, die andere mit 76 Schüben nach Ebensee. Die Kugel, welche man im Jahre 1830 auf die nämliche Weise bis Ebensee mit 175 Schüben brachte, wird noch gegenwärtig in einem Gasthause in einer Kapsel aufbewahrt. Daß man 1830 so viel Schübe gebraucht hatte, hängt wohl mit der damaligen Rauigkeit der Eissfläche zusammen.

(Brand des Moskauer Bahnhofes.) Am 5. d. M. ist der Bahnhof der Moskau-Brester Eisenbahn in Moskau total abgebrannt. Hierbei verbrannten das Haus des Chefs und sämtliche Werkstätten. Hundert Fracht- und zwölf Passagierwaggons sind ebenfalls ein Raub der Flammen geworden.

(Faschingsstudien.) Der kürzeste Fasching währt 28, der allerdauere 63 Tage. Der erste Fall, wo der Fastnachts-Dienstag schon am 3. Februar eingetreten ist, ergab sich in den Jahren 1693 und 1761, im gegenwärtigen Jahrhundert aber nur im Jahre 1818. Dagegen werden noch zwei Jahrhunderte vorübergehen, bis die Faschingsdauer von 28 Tagen wieder eintritt, und im Jahre 2943, das ist in 33 Jahren, wieder eintritt wird. Der zweite Fall, daß nämlich der Fasching 63 Tage lang dauerte und der Fastnachts-Dienstag erst den 9. März und das Osterfest hierauf am 25. April mal eingetreten, und zwar das erstemal im Jahre 140, zum zweitenmale im Jahre 672 und zum drittenmale 1204 nach Christo, also im 2., 7. und 13. Jahrhundert, und wird sich erst im 38. Jahrhundert, präcise im Jahre des Heils 3764 — eine zwar glänzende, aber etwas weite Carnevalseperspective — wieder ereignen.

Hierbei ist zu bemerken, daß in diesem Falle, nämlich wenn Ostern erst am 25. April gefeiert wird, solches nur in einem Schaltjahre sich ergeben kann.

Locales.

Aus dem l. l. Landesschulrath für Krain.

Auszug aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des l. l. Landesschulrathes für Krain in Laibach vom 5. Februar d. J., unter dem Vorsitze des Herrn Landespräsidenten Franz Ritter Kallina von Urbanow, in Anwesenheit von acht Mitgliedern.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden trägt der Schriftführer die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftstücke vor, deren Erledigung zur Kenntnis genommen wird. Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen.

Drei ortsschulrathliche Gesuche, betreffend die Klassificierung von Lehrstellen allgemeiner Volksschulen, werden erledigt.

Einem l. l. Gymnasialdirector wird die fünfte Quinquennalzulage zuerkannt und flüssig gemacht.

Ueber Antrag des betreffenden Lehrkörpers wird einem Gymnasialschüler nachträglich die Schulgeldbefreiung bewilligt.

Das von einem Grundbesitzer im eigenen Namen und als Nachhaber der Inassen dreier Ortschaften eingebrachte Gesuch um Aufschub der Execution eines schulbehördlichen Straferkenntnisses und in betreff der Frage der Ueberschulung wird der Erledigung zugeführt.

Das Gesuch eines pensionierten Lehrers um Erhöhung seiner Pension wird abgewiesen.

Ueber Recurse wider Straferkenntnisse in Schulversäumnisfällen wird entschieden.

Das Gesuch eines Aushilfslehrers um Zulassung zur Lehrbefähigungsprüfung wird höheren Orts in Vorlage gebracht.

Ein erledigter Platz der Leopold Philipp'schen Schulstiftung wird für die Jahre 1879 und 1880 der Volksschule in St. Veit bei Egg verliehen.

Eine Bürgerschullehrerstelle und drei Oberlehrerstellen an Volksschulen werden definitiv besetzt.

Geldaushilfs- und Remunerationsgesuche werden erledigt.

Aus der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Schluß.)

Die Thätigkeit des Kammerbureaus erstreckte sich außerdem auf die Erledigung zahlreicher anderer Gegenstände, von denen hier folgende angeführt werden: 1.) Zuschrift an die l. l. Steuerämter um Bekanntgabe der mit Ende 1878 rückständigen Kammerbeiträge; 2.) Mittheilung der pro 1879 Maßengebühr zahlenden Bergbaubesitzer in Krain an die l. l. Steuerämter; 3.) Nachweisung von in Krain aufbringbaren Mengen verschiedener Artikel an Militärbehörden; 4.) Zuschrift an die l. l. Postverwaltung wegen genügender Vertheilung der dienstthuenden Postbeamten mit Kleingeld; 5.) Vorlage des Ausweises über die Bäckereien der Landeshauptstadt Laibach, deren Leistungsfähigkeit, dann Anzahl der Backöfen und Hilfsarbeiter an die l. l. Landesregierung; 6.) Ausstellung von Certificaten an Gewerbsleute und Firmen über deren Leistungsfähigkeit zur Uebernahme ärarischer Lieferungen; 7.) Veröffentlichung von Erlässen verschiedenen Inhaltes und Kundmachungen über Lieferungsanschreibungen; 8.) Mittheilung an das Comité des zweiten Holzhandlertages in Wien wegen Entsendung eines Delegierten; 9.) Mittheilung von statistischen Daten über die Eisen- und Stahlraffineriewerke Krains an das l. l. Revierbergamt in Laibach; 10.) Zuschriften an die l. l. Bezirkshauptmannschaften und den Stadtmagistrat um Mittheilung von gewerbestatistischen Daten; 11.) Ersuchsschreiben an die Schwesternkammern um Mittheilung, ob der Kammerbeitrag von der Erwerb- oder Einkommensteuer eingehoben wird; 12.) Vorlage der ausgefüllten Fragebogen über die Kranken-Unterstützungsstellen für gewerbliche Hilfsarbeiter in Krain und der rectificierten militär-statistischen Tabellen an die l. l. Landesregierung; 13.) Ausfertigung zweier Certificate auf Grund des Markenregisters in einem Markenstreite; 14.) Bekanntgabe von statistischen Daten über die in Krain im Betriebe befindlichen Kraft- und Regulatorstühle an den Verein der österreichischen Baumwollspinner; 15.) Mittheilung von Fracht- und Fuhrlohnpreisen an die l. l. Militärintendant in Graz; 16.) Mittheilungen an das l. l. See-Arsenalscommando in Pola über die in Krain vorkommenden Holzgattungen unter Namhaftmachung jener Waldbesitzer und Gemeinden, von welchen Schiffsbauholz bezogen werden könnte; 17.) Bekanntgabe von gewerbestatistischen Daten an das l. l. Militär-Verpflegungsmagazin in Laibach; 18.) Ersuchsschreiben an die l. l. Postdirection in Triest wegen Verlegung des Postamtes Loka nach St. Georgen bei Jälsk; 19.) Neußerung an den l. l. Ober-Postcommissär in Laibach in betreff Vermehrung der Briefträger; 20.) Ersuchsschreiben an Industrielle

und Kaufleute um Mittheilung ihrer Ansicht, betreffend die Rückwirkung des neuen deutschen Zolltarifes auf die Exportinteressen Oesterreichs; 21.) Zuschrift an die l. l. Berghauptmannschaft in Klagenfurt um Bekanntgabe der Maßengebühr zahlenden Bergbaubesitzer pro 1880; 22.) Verständigung an die hiesigen l. l. Steuerämter wegen Einhebung der pro 1880 bewilligten achtprocentigen Umlage; 23.) Bekanntgabe der Beitrittsklärung zur Bildung eines Actions-comités für die bevorstehenden Zollverhandlungen an die Leobner Schwesternkammer; 24.) eingetragen wurden: a) in die Firmenregister: 4 Concurseröffnungen, 2 Concursaufhebungen, 12 Einzelfirmen, 8 Gesellschaftsfirmen, 4 Procuristen; b) in die Gewerberegister: 1199 Gewerbsparteien; c) in das Genossenschaftsregister: 1 Productivgenossenschaft; d) in das Marktverzeichnis: 2 Marktverlegungen; e) in das Markenregister: 1 Registrierung und 1 Löschung; 25.) gelöscht wurden: a) in den Firmenregistern: 25 Einzelfirmen, 3 Gesellschaftsfirmen, 2 Procuristen; b) in den Gewerberegistern: 1311 Gewerbsparteien.

(Laibacher Lotterie-Anlehen.) Die erste Ziehung des Laibacher Lotterie-Anlehens findet bereits am 2. April d. J. statt, der hiebei zu gewinnende Haupttreffer beträgt 35,000 fl. Bisher sind 25,000 Stück Lose zur Begebung, und wird die Subscription auf dieselben demnächst in der Wechselstube der krainischen Escomptegesellschaft in Laibach eröffnet. Der Subscriptionspreis eines Loses beträgt 24 fl., wenn er prompt, und 25 fl., wenn er in Raten geleistet wird. Für jedes gezeichnete Los sind sofort 5 fl. als Anzahlung zu erlegen, während der Rest entweder bei Erhalt des Loses auf einmal oder in vier Raten entrichtet werden kann.

(Petitionen.) In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden die Petitionen mehrerer Gemeinden in Unterkrain und der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft um Erbauung der Unterkrainer Eisenbahn überreicht.

(Todesfall.) In Rudolfswert verschied am 8. d. M. der dortige Canonicus Herr Anton Großik im 78. Lebensjahre; derselbe war Vorstand der Rudolfs-werter Filiale der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft.

(Notarstellen.) Durch die Ueberzeugung des l. l. Notars Franz Omachen nach Laibach ist die Notarstelle in Sittich in Erledigung gekommen; gleichzeitig wurde die durch den Tod des Notars Anton Kronabeth-vogel erledigte Notarstelle in Stein wiederholt zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungsgesuche um eine dieser beiden Stellen sind innerhalb vier Wochen bei der l. l. Notariatskammer in Laibach einzubringen.

(Planina.) Bei der in Planina stattgehabten Neuwahl des Gemeindevorstandes wurden der Realitätenbesitzer und Wirt Anton Kovšca aus Planina zum Gemeindevorsteher, dann der Bezirkswundarzt in Planina, Julius Rayer, der Realitätenbesitzer Anton Jeršan aus Rauniz und der Realitätenbesitzer Peter Sichel aus Planina zu Gemeinderäthen wieder, der Grund- und Mühlenbesitzer Andreas Milavec aus Planina und der Grundbesitzer Anton Zubančič aus Rakek zu Gemeinderäthen neugewählt.

(Schadenfeuer.) Im Wohnhause des Grundbesitzers Gregor Karlin in Lesche im Vittaiher Bezirke kam am 1. d. M., kurz vor Mitternacht, Feuer zum Ausbruch, welches den größten Theil der Wohn- und Wirtschaftsgebäude dieses Besitzers sowie der beiden Nachbarn Franz Döpel und Franz Prašnikar einschloß und erstere beiden einen Schaden von je 1000 fl., letzterem von 500 fl. zufügte, wogegen keiner der drei Besitzer versichert war. Bei dem gänzlichen Mangel an Feuerspritzen und Wasser mußte das Feuer ausschließlich nur mit Schnee gelöscht werden. Der Brand soll durch unvorsichtige Aufbewahrung von Asche auf dem Dachboden entstanden sein.

(Theater.) Unter dem Titel „Laibach, wie es weint und lacht!“ wurde vorgestern abends bei ziemlich gut besuchtem Hause ein Operetten-Potpourri zur Aufführung gebracht, das als Merkwürdigkeit schon deshalb erwähnt zu werden verdient, weil es fast durchwegs den Theaterzettel Lügen strafte. Die Scenierung entbehrte der nöthigen Abwechslung und brachte kaum ein Zehntel von dem, was angekündigt wurde. Ein Hauptfehler derselben lag in der allzu spärlichen Producierung der Damenrollen und in dem Mangel eines verbindenden Textes zu den Uebergängen, dem ganzen Arrangement aber fehlte der Humor. Unter den verschiedenen durchwegs verdienstlichen Leistungen verdient besonders das von Herrn Mondheim vorzüglich vorgetragene Couplet der Persiflage hervorgehoben zu werden, bei welchem der geschätzte Komiker eine erstaunliche Fertigkeit der verschiedenen Ballettfiguren bekundete und mit stürmischen Beifallsbezeugungen ausgezeichnet wurde. Auch das italienische Walzerduett aus „Boccaccio“ (Hr. Widemann und Hr. Heißig) fand großen Applaus und mußte wiederholt werden.

Gestern wurde „die Grille“ gegeben. Dieses Schauspiel erhält sich seit mehr als einem Vierteljahrhundert am Repertoire, weil es trotz aller dramatischen Fehler Rollen zur Entwicklung bringt, die dem Schauspielern Gelegenheit bieten, sich auszuzeichnen. Dies war

auch bei der gestrigen Aufführung der Fall, indem sowohl Frä. Vellau in der Titelrolle wie auch Herr Balazthy als „Laudry“ Leistungen brachten, welche alles Lob verdienen und das gewöhnliche Maß weitaus übertrafen. Besonders hervorzuheben ist, dass Frä. Vellau jederzeit den richtigen Ton traf und bei der schwierigen Charakterschilderung der ersten Acte weder mit Nuancen verschwändete noch zurückblieb, sondern mit echt künstlerischem Tacte den goldenen Mittelweg zu finden wusste. Desgleichen war Herr Balazthy ferne jeder Uebertreibung und entfaltete eine durchaus correcte und sehr sympathische Darstellung. Frau Heintz und Frau Bernthal sowie Herr Frederigt und Herr Bernthal wirkten recht zufriedenstellend mit und wurden nebst den beiden erstgenannten Kräften durch oftmaligen Beifall und Hervorruf ausgezeichnet. Die Rolle der „Madelon“ wäre mit Frau Andrae-Kühn zu besetzen gewesen.

— (Literarisches.) Als Ergänzung zu dem im vorigen Jahre bei Manz in Wien bereits in zweiter Auflage erschienenen „Handbuch über das Grundbuchswesen von Franz Offenhuber, k. k. Landtafel- und Grundbuchadjuncten in Wien“ ließ der gleiche Verfasser soeben sein neuestes Werk „Der österreichische Grundbuchsbeamte, seine Arbeiten mit Rücksicht auf das Landtafel- und Lehenwesen“ folgen, das in erster Linie dazu bestimmt ist, den mit der Führung des Grundbuchs betrauten Beamten auch mit den zum Theil noch aus früheren Jahrhunderten stammenden Gesetzen und Einrichtungen bekannt zu machen, die durch das neue allgemeine Grundbuchsgesetz nicht aufgehoben erschienen und deren genaue Kenntnis zur vollen Beherrschung dieser schwierigen Materie unerlässlich ist. In Verbindung damit entwirft der Verfasser in dem genannten Werke eine kurze Darstellung der historischen Entwicklung des Landtafel- und Lehenwesens, der Patrimonialverhältnisse und ähnlicher einschlägiger Fragen. Auch der technische Theil der Grundbuchsführung findet eine eingehende, durch 22 Formulare unterstützte Erläuterung, die das Werk namentlich allen jüngeren Fachbeamten zu einem willkommenen Begleiter gestalten dürfte. — Im gleichen Verlage erschien soeben das vom k. k. Ackerbauministerium herausgegebene „Österreichische Montanhandbuch für das Jahr 1880.“ Seit 1875, dem letzten Erscheinen des österreichischen Montanhandbuchs für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, sind so mannigfache und durchgreifende Veränderungen auf dem Gebiete des Berg- und Hüttenwesens vorgekommen, dass dieses neue, viele tausend richtig gestellte Adressen umfassende Buch einem wirklichen Bedürfnisse entgegenkommt. Der Inhalt des vorliegenden, über Verfassung des Herrn Ackerbauministers Grafen Falkenhayn zusammengestellten 24. Jahrganges dieses Handbuchs wurde dadurch bereichert, dass die Anzahl der Arbeiter bei den einzelnen Bergbau- und Hüttenunternehmungen — bezogen auf den Schluss des Jahres 1878 — und die Anzahl der Elenen und Schüler an den Bergakademien und Bergschulen mit Schluss des Schuljahres 1878/79 neu aufgenommen wurde. Auch in der Aneinanderreihung der gegebenen Daten wurden im Interesse der leichteren Uebersichtlichkeit einige zweckmäßige Aenderungen vorgenommen.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 11. Februar. (Budgetausschuss.) Bei der Debatte über die Mittelschulen beantragte Jireček eine Resolution betreffs Vermehrung der Zahl der Staatsmittelschulen in Böhmen und Mähren in einer den berechtigten Ansprüchen der czechischen Bevölkerung genügenden Weise. Streimayr erklärt, er sei principiell nicht gegen die Resolution, von der verlangten Einbringung eines Nachtragscredits im Sessionsverlaufe zur Ausgleichung des angeblichen Missverhältnisses könne aber keine Rede sein. Die Uebernahme aller böhmischen Mittelschulen in Staatsregie würde die gleiche Forderung in anderen Ländern nach sich ziehen.

Börsenbericht.

Wien, 11. Februar. (1 Uhr.) Die Börse war durch Befürchtungen wegen einer Ueberschwemmung einigermaßen irritiert und nahm Entlastungen vor, zu welchen manche Elemente der Speculation auch ohnedies Veranlassung gehabt hätten.

Geld	Ware
Bapierrente	70 65 70 75
Silberrente	71 90 72 —
Geldrente	85 10 85 20
Loose, 1854	124 — 124 50
„ 1860	120 50 130 75
„ 1860 (zu 100 fl.)	134 — 134 50
„ 1864	176 50 177 —
Ang. Prämien-Anl.	118 — 118 25
Credit-B.	178 75 179 —
Rudolfs-B.	18 — 18 50
Prämienanl. der Stadt Wien	122 75 123 —
Donau-Regulierungs-Lose	112 25 112 50
Domänen-Pfandbriefe	146 — 146 50
Österr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	101 50 102 50
Österr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	102 — 102 50
Ungarische Goldrente	101 80 101 40
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	118 — 118 25
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	117 80 118 20
Ungarische Schatzanw. vom J. 1874	— — —
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	101 — 101 50

Geld	Ware
Grundentlastungs-Obligationen.	
Böhmen	103 — 104 —
Niederösterreich	104 50 105 —
Galizien	97 — 97 50
Siebenbürgen	88 — 88 50
Temeser Banat	88 — 88 50
Ungarn	89 50 90 —
Actien von Banken.	
Anglo-Österr. Bank	155 20 155 40
Creditanstalt	301 50 301 75
Depositenbank	225 — 226 —
Creditanstalt, ung.	274 50 274 75
Österreichisch-ungarische Bank	842 — 844 —
Unionbank	121 40 121 60
Verkehrsbank	141 — 142 —
Wiener Bankverein	157 50 158 —
Actien von Transport-Unternehmungen.	
Alföld-Bahn	150 — 151 —
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	613 — 614 —
Elisabeth-Weißbahrn	192 — 192 25

Geld	Ware
Ferbinands-Nordbahn.	
Franz-Joseph-Bahn	235 50 — 236 —
Galizische Carl-Ludwig-Bahn	165 50 165 75
Kaischau-Oderberger Bahn	259 25 259 75
Bemberg-Gernowitzer Bahn	127 75 128 —
Lloyd-Gesellschaft	159 — 159 50
Österr. Nordwestbahn	627 — 628 —
Rudolfs-Bahn	167 75 168 —
Staatsbahn	153 75 154 —
Südbahn	274 — 274 50
Theiß-Bahn	89 — 89 25
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	224 50 225 —
Ungarische Nordostbahn	181 25 181 75
Wiener Tramway-Gesellschaft	143 75 144 —
Pfandbriefe.	
Allg. öst. Bodencreditanst. (i. Öb.)	118 75 119 —
(i. B. B.)	101 — 101 25
Österreichisch-ungarische Bank	102 80 103 —
Ang. Bodencredit-Anst. (B. B.)	102 25 102 50
Prioritäts-Obligationen.	
Elisabeth-B. 1. Em.	97 — 97 25
Ferd.-Nordb. in Silber	106 25 106 50
Franz-Joseph-Bahn	98 90 99 10

Geld	Ware
Val. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	
Österr. Nordwest-Bahn	105 — 105 50
Siebenbürger Bahn	101 50 102 —
Staatsbahn 1. Em.	82 75 83 —
Südbahn à 3%	174 — 174 50
„ à 5%	121 75 122 —
„ à 5%	107 50 108 —
Devisen.	
Auf deutsche Plätze	57 25 57 40
London, kurze Sicht	117 05 117 15
London, lange Sicht	117 50 117 40
Paris	46 50 46 50
Geldsorten.	
Ducaten	5 fl. 53 fr. 5 fl. 54 fr.
Napoleons'or	9 „ 35 1/2 „ 9 „ 36 1/2
Deutsche Reichs-	57 „ 75 „ 57 „ 80
Noten	57 „ 75 „ 57 „ 80
Silbergulden	— „ — „ — „ —
Krainische Grundentlastungs-Obligationen:	
Geld 97 —	Ware —
Credit 301 30 bis 301 40	Anglo 155 — bis

Die Regierung werde das Bedürfnis in jedem einzelnen Falle prüfen und würdigen im Zusammenhange mit den allgemeinen Staatsverhältnissen. Der Minister widerlegt den Vorwurf der Unbilligkeit gegen die czechische Nation durch statistische Daten. Der Ausschuss vertagte die Abstimmung bis nach dem Referate über Petitionen im unmittelbaren Anschluss an das Budget.

Berlin, 11. Februar. Ein Antrag Preußens beim Bundesrath wegen Abänderung des Socialistengesetzes bezweckt die Verlängerung dessen Geltungsdauer bis zum 31. März 1886.

Petersburg, 11. Februar. Samstag nachts wurde von der Polizei abermals die Druckerei einer revolutionären Zeitung aufgefunden und mehrere Personen verhaftet. — Das Befinden der Kaiserin ist besser.

Wien, 11. Februar. Die ungarische Delegation schloß sich in verschiedenen Punkten den Beschlüssen der österreichischen Delegation an, beharrte jedoch auf der Einstellung des Betrages für den Segeberger Kanonenbau und der Streichung des Betrages für ein Kanonenboot, dann auf der votierten Zollbedeckungssumme und auf der Bedeckung der böhmischen Hilfs-gelder ohne Angabe der gemeinsamen Activen als Bedeckungsquelle.

Prag, 10. Februar. (Presse.) Wie der „Politik“ aus Wien mitgeteilt wird, wurde dem böhmischen Episkopat von Rom aus unter voller Anerkennung des Eifers, welchen derselbe zur Reform der Schul-gesetzgebung bethätigt habe, der Wunsch nahe gelegt, daß er unter den gegebenen Umständen die Dinge nicht auf die Spitze treiben und sich mit jeder Abschluszahlung auf seine Forderungen vorläufig begnügen möge.

Prag, 11. Februar. (Presse.) Der hiesige jung-czechische Club berief für heute eine Versammlung ein behufs einer Kundgebung gegen das Memorandum der böhmischen Bischöfe. In jungczechischen Bezirken wurden bereits diesbezügliche Resolutionen gefasst. In einem Wiener Brief des „Pötkol“ wird für den Antrag des Fürsten Liechtenstein eingetreten. Es sei nicht nöthig, deshalb Värm zu schlagen, und die Rechte habe keinen Grund, sich gegen die Zuweisung des Antrages an eine Commission zu wehren.

Berlin, 10. Februar. Den Abendblättern zufolge findet die Reichtagseröffnung durch den Fürsten Bismarck statt.

London, 11. Februar. (N. fr. Br.) Die „Times“ beharren bei ihrer gestrigen Mittheilung bezüglich Herats. Sie nennt das ministerielle Dementi eine offizielle Reserve, weil Persien gewisse, von England gestellte Bedingungen zu erfüllen hat; sicher sei, daß England unter diesen Bedingungen der Occupation Herats durch Persien zustimmt und der englische Gesandte in Teheran in diesem Sinne instruiert wurde.

London, 11. Februar. Nach einer Meldung der „Times“ schlug Salisbury die Ernennung einer internationalen Commission behufs Begutachtung an Ort und Stelle zur Feststellung der griechisch-türkischen Grenze vor. Die Signatarmächte acceptieren den Vorschlag unter gewissen Vorbehalten.

London, 11. Februar. Im Unterhause fragte Hartington, ob es wahr sei, daß England Persien seiner Verpflichtungen betreffs Herat enthoben habe. Northcote entgegnete, die Regierung habe zwar die persischen Mittheilungen über diesen Gegenstand erwogen, ohne daß jedoch bisher ein Abkommen getroffen worden wäre. Erklärungen hierüber seien noch unerwünscht. — Bei der hierauf fortgesetzten Berathung wurde das irländische Amendement zur Adresse mit 216 gegen 66 Stimmen abgelehnt und die Adresse genehmigt.

Petersburg, 10. Februar. Gegenüber der Journalmeldung, daß mehrere fremde Prinzen zur Beglückwünschung des Kaisers zu dessen 25jährigem Regierungsjubiläum nach Petersburg zu kommen die

Absicht hätten, glaubt die „Agence Russe“ zu wissen, daß der Zustand der Kaiserin der Ausführung dieser Absicht hinderlich im Wege stehe. Nur Prinz Alexander von Hessen mit zwei Söhnen, worunter der Fürst von Bulgarien, wird erwartet.

Risch, 10. Februar. Die Stupichtina hat mit Acclamation die Erhöhung der Civilliste auf 700,000 Francs votiert.

Newyork, 10. Februar. „Newyork Times“ ist zur Erklärung ermächtigt, daß General Grant die republikanische Candidatur um die Präsidentschaft acceptieren werde, wenn er von der republikanischen Nationalconvention als Candidat aufgestellt wird.

Telegraphischer Wechsellkurs

vom 11. Februar.
Papier-Rente 70 55. — Silber-Rente 71 75. — Gold-Rente 84 80. — 1860er Staats-Anlehen 130 50. — Bankactien 840. — Creditactien 300 50. — London 117 05. — Silber — R. f. Münz-Ducaten 553. — 20-Franken-Stücke 9 35 1/2. — 100-Reichsmark 57 70.

Angekommene Fremde.

Am 11. Februar.

Hotel Stadt Wien. Jonte, Handelsm., Lagenburg. — Kohn, Reif., und Friedmann, Wien. — Sani, Reif., Triest. — Schall, Reif., Lichtenwald.
Hotel Elephant. Oorn, Reif., Wien. — Stein, Rjm., Oberberg. — Brack, Stationschef, Grafnig. — Pirz, Adjunct, Krainburg. — Broß, Klanjer.
Möhren. Steimig, Techniker, Wien. — Dollinger Maria, Kroazien. — Crispini, Newyork.

Verstorbene.

Den 10. Februar. Johanna Jurmann, Tagelöhner-witwen-Tochter, 2 J. 9 Mon., Gühnerdorf Nr. 14, starb plötzlich und wird sanitätspolizeilich beichant. — Gertraud Petri, Einwohnerin, 68 J., Wienerstraße Nr. 7, Lungenentzündung. — Ursula Trojar, Tagelöhnerstochter, 5 J. 4 Mon., Rosengasse Nr. 13, Tuberculose.

Den 11. Februar. Sophie Sark, Schneidermeister-Tochter, 4 J. 9 Mon., Burgplatz Nr. 1, Gehirnblähmung.

Im Civilspitale:

Den 10. Februar. Jakob Bular, Kaischlersgasse, 13 Mon., Gehirnhautentzündung.

Theater.

Heute: Erstes Auftreten der Local- und Operettensängerin Frä. Mizer Anatour aus Graz: Voccaccio. Operette in 3 Acten von Zell und Genée. Musik von Franz v. Suppe.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetren auf 0. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Wasserstand	Witterung
11.	7 U. Mg.	732 50	+ 1 4	SW. schwach	bewölkt	7 00
	2 „ N.	733 75	+ 6 5	SW. schwach	bewölkt	Regen
	9 „ Ab.	735 70	+ 2 4	SW. schwach	Nebel, Reg.	

Rasch entwickeltes Thaumetter; die eingemauerten Steine mit Reifrost bedekt, abends Nebel und Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 3 4°, um 3 8° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme während der Krankheit, die schönen Kranzspenden seitens mehrerer verehrter Spender, insbesondere des Rathsgremiums und der Auscultanten des k. k. Landesgerichtes Laibach, sowie für die zahlreiche ehrenbe Begleitung zur letzten Ruhestätte des un- vergesslichen

Adolf Urbas

sprechen hiermit ihren tiefgefühlten, vom Herzen kommenden Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen.

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Bapierrente 70 65 bis 70 75, Silberrente 71 90 bis 72, Goldrente 85 10 bis 85 20, Napoleons 9 35 1/2 bis 9 36, Silber — bis —.